



**BERNHARD
SEIDENATH** 
Für das Dachauer Land
im Landtag

Pressemitteilung

Freitag, 14. Februar 2014

Freistaat fördert Betreuungsplätze in Karlsfeld – Gemeinde erhält Zuschuss in Höhe von 238.700 Euro

„Beim Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten gehen der Freistaat Bayern, die Stadt Dachau und die Gemeinden des Landkreises Dachau mit großen Schritten voran. Die Gemeinde Karlsfeld wird zwölf neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren im Kornelius-Kindergarten einrichten. Hierfür hat der Freistaat nun einen Zuschuss in Höhe von 238.700 Euro gewährt. Dies hat mir Bayerns Familienministerin Emilia Müller heute auf meine Nachfrage hin mitgeteilt“, teilte Bernhard Seidenath, Stimmkreisabgeordneter für den Landkreis Dachau im Bayerischen Landtag, mit.

„Die Gemeinde Karlsfeld stellt sich der Aufgabe, ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen zu schaffen, und geht so auf die Wünsche der jungen Familien ein“, stellte Karlsfelds Bürgermeister Stefan Kolbe fest und ergänzte: „Für die Unterstützung seitens des Freistaats sind wir hier sehr dankbar.“

Für die Kinderbetreuung sind in Bayern die Kommunen zuständig. Vor Ort wird schließlich am besten ermittelt, wie viele Familien in welchem Umfang Kinderbetreuung in Anspruch nehmen wollen. Der Freistaat Bayern unterstützt die Kommunen bei dieser ihrer Aufgabe intensiv und fördert den Bau neuer Kinderkrippen mit bis zu 80 Prozent der Investitionskosten. Auch beteiligt er sich an den laufenden Betriebskosten der Kindertagesstätten.

„Wir wollen den jungen Leuten in unserem Land helfen, dass sie ihren vorhandenen Kinderwunsch auch realisieren können. Hierfür brauchen sie Wahlfreiheit: ob sie ein Kind selbst betreuen wollen oder in einer Kindertageseinrichtung betreuen lassen wollen. Um die Wahlfreiheit zu ermöglichen, brauchen wir in allen Gemeinden Kinderbetreuungsmöglichkeiten – und der Freistaat fördert diese massiv. Kommunen und Staat arbeiten hier partnerschaftlich Hand in Hand“, betonte Seidenath und fügte hinzu: „2013 hat der Freistaat Bayern die beeindruckende Summe von drei Milliarden Euro in die Familienpolitik investiert.“